

N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Planungs-, Umwelt- und Bauausschusses am Donnerstag, den 07.09.2006, 17.30 Uhr, Rathaus, Ratssaal, Rathausplatz 1, 52249 Eschweiler

Anwesend:

AVors. RM Kendziora (SPD)

sowie die Damen und Herren

Ratsmitglieder:

SPD

Gartzen
Gehlen
Heidbüchel
Koch

CDU

Brief
Dittrich
Peters (für Dondorf)

Bündnis 90/Die GRÜNEN

Leisten

FDP

Göbbels

sachkundige Bürger:

SPD

Beckers
Eichberg
Moll
Priem
Tirok

CDU

Auer
Lennartz

UWG

Winkler

sachkundige Einwohner: (Agenda)

Dickmeis

von der Verwaltung: Schulze
Handels
Jopke
BlasbergGäste: ---Schriftführer: Mathar**A) Öffentlicher Teil**

A 1) Genehmigung von Niederschriften

Bauleitplanung

- A 2) 15. Änderung des Flächennutzungsplanes– In den Hüchelner **VV-Nr.: 261/06**
Benden – (W);
hier: Aufhebung von Beschlüssen sowie erneuter Aufstellungsbeschluss
und Beschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit
- A 3) 81. Änderung des Flächennutzungsplanes – Ehemalige Ziegelei – **VV-Nr.: 205/06**
(W);
hier: Ergebnis der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und
der Beteiligung der Behörden, erneuter Aufstellungsbeschluss
sowie Beschluss der öffentlichen Auslegung
- A 4) Bebauungsplan 215 – Ehemalige Ziegelei – (W); **VV-Nr.: 206/06**
hier: Ergebnis der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und
der Beteiligung der Behörden, erneuter Aufstellungsbeschluss
sowie Beschluss der öffentlichen Auslegung
- A 5) 4. Änderung des Bebauungsplanes K 117 – Auf dem Felde – (K); **VV-Nr.: 263/06**
hier: Ergebnis der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und
der Beteiligung der Behörden sowie Beschluss der öffentlichen
Auslegung
- A 6) Bebauungsplan 266 – Römerberg – (E); **VV-Nr.: 123/06**
hier: Ergebnis der frühzeitigen Bürgerbeteiligung, der Beteiligung
der Träger öffentlicher Belange und der Beteiligung der Behörden
sowie Beschluss der öffentlichen Auslegung

- A 7) Bebauungsplan 268 – Spessartstraße – (K); **VV-Nr.: 262/06**
hier: Weiterführung des Planverfahrens nach den Vorschriften des BauGB/
 neue Fassung
- A 8) Bebauungsplan 269 – Langwahn – (E); **VV-Nr.: 258/06**
hier: Ergebnis der öffentlichen Auslegung sowie Satzungsbeschluss
- A 9) Bebauungsplan 273 – Hover Mühlenfeld – (W); **VV-Nr.: 210/06**
hier: Ergebnis der öffentlichen Auslegung sowie Satzungsbeschluss

Tiefbau

- A 10) Ortsumgehung Weisweiler – B 264n;
hier: Antrag der FDP-Fraktion vom 02.05.2006
mündlicher Bericht
- A 11) Aufhebung von gemeinschaftlichen Angelegenheiten in der **VV-Nr.: 185/06**
 Gemarkung Eschweiler, Flur 114, Wirtschaftswege im Bereich der A4
- A 12) Aufhebung von gemeinschaftlichen Angelegenheiten in der **VV-Nr.: 181/06**
 Gemarkung Eschweiler, Flur 98 und Flur 114
- A 13) Dichtigkeitsprüfung von Grundstücksabflussleitungen **VV-Nr.: 264/06**
 § 45 Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen)
 – Auswertung der Fragebögen

Denkmalschutz

- A 14) Denkmalschutz; **VV-Nr.: 256/06**
hier: Eintragung des Bodendenkmals „Burg Röthgen“ in die
 Denkmalliste der Stadt Eschweiler
- A 15) Bericht über die Ortsbesichtigung der Arbeitsgruppe Ortsbesichtigung
 am 31.08.2006
- A 16) Anfragen und Mitteilungen

B) Nichtöffentlicher Teil

Bauleitplanung

- B 1) Bebauungsplan 269 – Langwahn - **VV-Nr.: 259/06**
- B 2) 1.) Abschluss eines städtebaulichen Vertrages **VV-Nr.: 222/06**
 2.) Abschluss einer Verwaltungsvereinbarung

Bauordnung

- B 3) Voranfrage zum Neubau von zwei Einzelhandelsfilialen **VV-Nr. 244/06**
- B 4) Voranfrage zu einer Nutzungsänderung **VV-Nr.: 246/06**

- B 5) Voranfrage zum Neubau eines Einzelhandelsbetriebes **VV-Nr.: 245/06**
- B 6) Abweichung gemäß § 73 BauO NRW von § 3 der Einfriedungssatzung der Stadt Eschweiler zur Errichtung einer Mauer **VV-Nr.: 218/06**
- B 7) Beschlusskontrolle **VV-Nr.: 254/06**
- B 8) Anfragen und Mitteilungen

Der Ausschussvorsitzende, **Herr RM Kendziora**, eröffnete um 17.30 Uhr die Sitzung des Planungs-, Umwelt- und Bauausschusses, begrüßte die Ausschussmitglieder, die Zuhörer, die Damen und Herren der Verwaltung und den Vertreter der Presse.

Anschließend stellte er fest, dass die Einladung für die Sitzung sowie die Tagesordnung rechtzeitig und ordnungsgemäß zugestellt wurden und die Beschlussfähigkeit gegeben war. Änderungen zur Tagesordnung wurden nicht beantragt.

A) Öffentlicher Teil

A 1) Genehmigung von Niederschriften

Herr RM Göbbels wies darauf hin, dass es sich bei TOP A 11 der Niederschrift über die Sitzung des Planungs-, Umwelt- und Bauausschusses am 17.05.2006 um einen Antrag der FDP und nicht um einen Antrag der CDU handele.

Anschließend genehmigte der Planungs-, Umwelt- und Bauausschuss einstimmig die Niederschriften vom 17.05.2006 und 01.06.2006.

Bauleitplanung

- A 2) 15. Änderung des Flächennutzungsplanes– In den Hühelner Benden – (W); **VV-Nr.: 261/06**
hier: Aufhebung von Beschlüssen sowie erneuter Aufstellungsbeschluss und Beschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit

Der Planungs-, Umwelt- und Bauausschuss stimmte einstimmig dem nachstehenden Beschlussentwurf zu:

- I. Der Aufstellungsbeschluss vom 20.10.1983 sowie die weiteren zum bisherigen Verfahren gefassten Beschlüsse werden aufgehoben.
- II. Die Aufstellung der 15. Änderung des Flächennutzungsplanes – In den Hühelner Benden – gemäß § 2 Abs. 1 BauGB mit dem in der Anlage 2 dargestellten Geltungsbereich wird beschossen.
- III. Gleichzeitig wird die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit an dieser Bauleitplanung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit § 4 der Satzung über die Bürgerbeteiligung der Stadt Eschweiler beschlossen.

- A 3) 81. Änderung des Flächennutzungsplanes – Ehemalige Ziegelei – (W); **VV-Nr.: 205/06**
hier: Ergebnis der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Beteiligung der Behörden, erneuter Aufstellungsbeschluss sowie Beschluss der öffentlichen Auslegung

Der Planungs-, Umwelt- und Bauausschuss stimmte einstimmig dem nachstehenden Beschlussentwurf zu:

1. Die Anregungen der Öffentlichkeit aus der frühzeitigen Beteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB werden nach Maßgabe der Verwaltungsvorlage abgewogen (Anlage 1).
2. Die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 werden nach Maßgabe der Verwaltungsvorlage abgewogen (Anlage 2).
3. Der Aufstellungsbeschluss vom 24.02.2005 wird aufgehoben.
4. Gemäß § 2 Abs. 1 BauGB wird die Aufstellung der 81. Änderung des Flächennutzungsplanes - Ehemalige Ziegelei – gemäß § 2 Abs. 1 BauGB mit dem in der Anlage dargestellten neuen Geltungsbereich (Anlage 4) beschlossen.
5. Der Entwurf der 81. Änderung des Flächennutzungsplanes (Anlage 4) mit Begründung (Anlage 5) einschließlich Umweltbericht wird zum Zweck der öffentlichen Auslegung beschlossen.

- A 4) Bebauungsplan 215 – Ehemalige Ziegelei – (W); **VV-Nr.: 206/06**
hier: Ergebnis der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Beteiligung der Behörden, erneuter Aufstellungsbeschluss sowie Beschluss der öffentlichen Auslegung

Der Planungs-, Umwelt- und Bauausschuss stimmte einstimmig dem nachstehenden Beschlussentwurf zu:

- I. Die Anregungen der Bürger aus der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB werden nach Maßgabe der Verwaltungsvorlage abgewogen (Anlage 1).
- II. Die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB werden nach Maßgabe der Verwaltungsvorlage abgewogen (Anlage 2).
- III. Der Aufstellungsbeschluss vom 24.02.2005 wird aufgehoben.
- IV. Gemäß § 2 Abs. 1 BauGB wird die Aufstellung des Bebauungsplanes 215 – Ehemalige Ziegelei – im Sinne des § 30 Abs. 1 BauGB mit dem in der Anlage dargestellten neuen Geltungsbereich (Anlage 3) beschlossen.
- V. Der Entwurf des Bebauungsplanes 215 – Ehemalige Ziegelei – (Anlage 3) mit Begründung (Anlage 4) einschließlich Umweltbericht wird zum Zweck der öffentlichen Auslegung beschlossen.

- A 5) 4. Änderung des Bebauungsplanes K 117 – Auf dem Felde – (K); **VV-Nr.: 263/06**
hier: Ergebnis der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und
 der Beteiligung der Behörden sowie Beschluss der öffentlichen
 Auslegung

Herr TB Schulze wies darauf hin, dass der Entwurf der 4. Änderung des Bebauungsplanes K 117 – Auf dem Felde – in der vorliegenden Form wegen des landschaftspflegerischen Fachbeitrages, der wegen des späten Einganges in den Entwurf nicht eingeflossen sei, geändert werden müsse. Hiernach müsse der vorgesehene Pflanzstreifen auf den Baugrundstücken von 6 m auf 10 m vergrößert und die Festsetzung der Bepflanzung des Uferrandstreifens geändert werden, so dass der Beschlussentwurf unter Ziffer II entsprechend angepasst werden müsse.

Der Planungs-, Umwelt- und Bauausschuss stimmte anschließend einstimmig dem nachstehenden geänderten Beschlussentwurf zu:

- I. Die Stellungnahmen der Behörden gemäß § 4 Abs. 1 und 2 BauGB werden nach Maßgabe der Verwaltungsvorlage abgewogen (Anlage 1).
- II. Der Entwurf der 4. Änderung des Bebauungsplanes K 117 – Auf dem Felde – (Anlage 2) mit Begründung (Anlage 3) wird unter Berücksichtigung der geänderten Festsetzungen in der Planzeichnung (Pflanzstreifen im Süden des Baugebietes 10 m, Uferrandstreifen als Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft) und in den textlichen Festsetzungen (planungsrechtliche Festsetzung Nr. 3 Dauergrünland/Hochstaudenflur) zum Zweck der öffentlichen Auslegung beschlossen.

- A 6) Bebauungsplan 266 – Römerberg – (E); **VV-Nr.: 123/06**
hier: Ergebnis der frühzeitigen Bürgerbeteiligung, der Beteiligung
 der Träger öffentlicher Belange und der Beteiligung der Behörden
 sowie Beschluss der öffentlichen Auslegung

Herr RM Gartzen fragte nach, was es mit dem so genannten Löllgraben auf sich habe.

Herr TB Schulze teilte mit, dass der im Plangebiet verrohrt geführte so genannte „Löllgraben“ der Entwässerung der nordwestlich gelegenen, landwirtschaftlich genutzten Fläche diene. Auch bleibe durch den Bebauungsplan die Funktionsfähigkeit erhalten.

Herr RM Göbbels fragte nach, ob es nicht möglich sei, die im Verfahren aufgetakelten Anregungen der Anwohner zu berücksichtigen. Auch wolle er wissen, was gegen eine einseitige Bebauung sprechen würde.

Herr TB Schulze teilte mit, dass es 3 Einsprüche von Anwohnern gegeben habe, die eine rückwärtige Erschließung anstrebten. Der vorgesehene Stichweg im rückwärtigen Bereich der Grundstücke sei vorgesehen, um ein bereits vorhandenes Haus anzubinden. Die Prüfung der rückwärtigen Anbindung der Grundstücke habe ergeben, dass die Erschließung nur durch Inanspruchnahme ökologisch und städtebaulich wertvoller Grünbereiche möglich gewesen sei, die eine hohe Kompensation erforderlich gemacht hätten. Auf Grund der Lage der Ferngasleitung sei zudem nur eine einseitige Erschließung möglich gewesen, so dass eine Erschließung der rückwärtigen Grundstücke unwirtschaftlich sei.

Der Planungs-, Umwelt- und Bauausschuss stimmte einstimmig dem nachstehenden Beschlussentwurf zu:

- I. Die Anregungen der Bürger gemäß § 3 (1) BauGB in der vor dem 20.7.2004 geltenden Fassung werden nach Maßgabe der Verwaltungsvorlage abgewogen.
- II. Die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (1) BauGB in der vor dem 20.07.2004 geltenden Fassung werden nach Maßgabe der Verwaltungsvorlage abgewogen.
- II. Die Stellungnahmen der Behörden gemäß § 4 (1) BauGB in der zurzeit geltenden Fassung werden nach Maßgabe der Verwaltungsvorlage abgewogen.
- IV. Der Entwurf des Bebauungsplanes 266 – Römerberg – (Anlage 4) mit Begründung (Anlage 5) wird zum Zwecke der öffentlichen Auslegung beschlossen.

A 7) Bebauungsplan 268 – Spessartstraße – (K); **VV-Nr.: 262/06**
hier: Weiterführung des Planverfahrens nach den Vorschriften des BauGB/
 neue Fassung

Herr RM Gehlen teilte mit, dass die SPD-Fraktion sowie die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN die derzeitige Planung mit der Erschließung entlang der Rückseite der Häuser Schwarzwaldstraße nach erfolgter Ortsbesichtigung sowie erneuter Beratung nicht mehr befürworte.

Herr RM Dittrich bat die Verwaltung, eine andere Lösung für die Erschließung der Grundstücke zu finden.

Herr RM Göbbels machte deutlich, dass eine Erschließung der Grundstücke nur über den schon vorhandenen Stichweg erfolgen solle.

Herr TB Schulze berichtete, dass seitens der Verwaltung mit den betroffenen Grundstückeigentümern bereits Gespräche geführt worden seien. Danach zeichne sich ggf. eine Erschließungsmöglichkeit von dem vorhandenen Stichweg aus ab. Die Politik müsse nunmehr der Verwaltung mitteilen, ob eine Erschließung der Grundstücke gewünscht werde.

Herr RM Gehlen beantragte, dass der Beschlussentwurf sinngemäß dahingehend geändert werden solle, dass die Erschließung des Baugebietes über den bereits vorhandenen Stichweg der Spessartstraße erfolgt.

Der Planungs-, Umwelt- und Bauausschusses stimmte daraufhin einstimmig dem folgenden geänderten Beschlussentwurf zu:

Das Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes wird fortgeführt, sofern die Erschließung des gesamten Baugebietes ausschließlich über den bereits vorhandenen Stichweg der Spessartstraße sichergestellt werden kann.

A 8) Bebauungsplan 269 – Langwahn – (E); **VV-Nr.: 258/06**
hier: Ergebnis der öffentlichen Auslegung sowie Satzungsbeschluss

Herr RM Gehlen bat um Sachstandsmitteilung hinsichtlich der Förderung, des Besatzes des Fachmarktzentums, der Anbindung Jahnstraße sowie der Entwicklung Auerbachstraße.

Herr TB Schulze berichtete, dass die entsprechenden Förderanträge bereits gestellt worden seien, die Bewilligungen jedoch wegen des noch nicht genehmigten Haushaltes noch ausstünden. Die Verkaufsfläche des Fachmarktzentrums von insgesamt 6.000 m² unterteile sich in 3.500 m² für nahversorgungsrelevante Sortimente und 3.000 m² für zentrenspezifische Sortimente. An der Auerbachstraße seien dagegen Sortimente vorgesehen, die in der Innenstadt nicht unterzubringen seien bzw. nicht in Konkurrenz zur Innenstadt stünden. Weiterhin führte er aus, dass der Parkplatz Jahnstraße nicht Bestandteil der Planung sei, zumal ein Teil der vorhandenen Stellplätze an die dort vorhandenen Sportstätten gebunden sei.

Herr skB Winkler brachte seine Bedenken zum Ausdruck, dass durch die Sortimentsauswahl ein noch höherer Leerstand in der Innenstadt zu befürchten sei. Auch seien Auswirkungen auf das innerstädtische Parkplatzangebot – kostenfrei bzw. gebührenpflichtig – nicht aus den Augen zu verlieren.

Herr RM Dittrich machte deutlich, dass die seitens des City-Managements im Rahmen des Verfahrens vorgetragene Argumente nicht greifen könnten und bereits mehrfach geprüft seien.

Herr TB Schulze wies darauf hin, dass zu erkennen sei, dass bei der Entwicklung auch Städtebau betrieben werde. Durch das Projekt werde die Innenstadtverödung nicht voranschreiten, vielmehr werde der Standort durch das Fachmarktzentrum aufgewertet und die Attraktivität der Innenstadt erhöht.

Der Planungs-, Umwelt- und Bauausschuss stimmte anschließend mit 17 Ja-Stimmen (SPD, Bündnis 90 /DIE GRÜNEN, CDU, FDP) bei 1 Enthaltung (UWG) dem nachfolgenden Beschlussentwurf einstimmig zu:

- I. Die Stellungnahmen der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 und 2 Baugesetzbuch (BauGB) werden nach Maßgabe der Verwaltungsvorlage abgewogen (Anlage 1).
- II. Die Stellungnahmen der Behörden gemäß § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 1 und 2 BauGB werden nach Maßgabe der Verwaltungsvorlage abgewogen (Anlage 2).
- III. Die sonstigen öffentlichen und privaten Belange werden entsprechend der Verwaltungsvorlage und der Planbegründung gewürdigt.
- IV. Der Bebauungsplan 269 – Langwahn – (Anlage 5) wird gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen und die Begründung (Anlage 6) als Abschlussbegründung hierzu.

A 9) Bebauungsplan 273 – Hover Mühlenfeld – (W); **VV-Nr.: 210/06**
hier: Ergebnis der öffentlichen Auslegung sowie Satzungsbeschluss

Herr skB Tirok erklärte sich zum Anfang des Tagesordnungspunktes für befangen und nahm im Zuschauerbereich Platz.

Der Planungs-, Umwelt- und Bauausschuss stimmte anschließend dem nachfolgenden Beschlussentwurf einstimmig zu:

- I. Die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger werden nach Maßgabe der Verwaltungsvorlage abgewogen (Anlage 1).

- II. Die sonstigen öffentlichen und privaten Belange werden entsprechend der Verwaltungsvorlage und der Planbegründung gewürdigt.
- III. Der Entwurf des Bebauungsplanes 273 – Hover Mühlenfeld – (Anlage 2) wird gemäß § 10 (1) BauGB als Satzung beschlossen und die Begründung (Anlage 3) als Abschlussbegründung hierzu.

Tiefbau

- A 10) Ortsumgehung Weisweiler – B 264n;
hier: Antrag der FDP-Fraktion vom 02.05.2006
mündlicher Bericht

Herr TB Schulze berichtete, dass der von der FDP unterbreitete Vorschlag dem Landesbetrieb Straßenbau zur Stellungnahme vorgelegt sei, von dort jedoch abgelehnt worden sei. Derzeitig wird über eine alternative Führung des Radeweges nachgedacht. Der Radverkehrsbeauftragte des Kreises Aachen werde am Verfahren beteiligt.

- A 11) Aufhebung von gemeinschaftlichen Angelegenheiten in der Gemarkung Eschweiler, Flur 114, Wirtschaftswege im Bereich der A4

Der Planungs-, Umwelt- und Bauausschuss stimmte dem nachfolgenden Beschlussentwurf einstimmig zu:

Die öffentliche Bekanntmachung der Absicht auf Aufhebung der auf den Wirtschaftswegen Gemarkung Eschweiler, Flur 114 Nrn. 52 tlw. und 112 tlw., ruhenden Festsetzungen für die jeweiligen Benutzer wird beschlossen.

Die öffentliche Bekanntmachung (Anlage 1) und der Lageplan (Anlage 2) sind Bestandteil des Beschlusses.

- A 12) Aufhebung von gemeinschaftlichen Angelegenheiten in der Gemarkung Eschweiler, Flur 98 und Flur 114

Der Planungs-, Umwelt- und Bauausschuss stimmte dem nachfolgenden Beschlussentwurf einstimmig zu:

Die öffentliche Bekanntmachung der Absicht auf Aufhebung der auf den Wirtschaftswegen Gemarkung Eschweiler, Flur 98 Nrn. 273, 274 und 342 tlw., sowie Gemarkung Eschweiler, Flur 114 Nr. 13 tlw., ruhenden Festsetzungen für die jeweiligen Benutzer wird beschlossen.

Die öffentliche Bekanntmachung (Anlage 1) und der Lageplan (Anlage 2) sind Bestandteil des Beschlusses.

- A 13) Dichtigkeitsprüfung von Grundstücksabflussleitungen
 § 45 Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen
 – Auswertung der Fragebögen

VV-Nr.: 264/06

Herr TB Schulze berichtete, dass nach einer ersten Auswertung der eingegangenen Fragebögen nur ein geringer Anteil der Betroffenen eine Überprüfung vornehmen müsse.

Herr RM Dittrich fragte nach, ob es seitens der Verwaltung möglich sei, für die Betroffenen eine Beratungsstelle einzurichten.

Herr TB Schulze wies darauf hin, dass die angeschriebenen Eigentümer bereits rege bei den zuständigen Sachbearbeitern nachgefragt hätten. Inwieweit seitens der Verwaltung noch ein größeres Beratungsangebot gemacht werden könne, werde seitens der Verwaltung geprüft.

Der Planungs-, Umwelt- und Bauausschuss nahm den Sachverhalt zur Kenntnis.

Denkmalschutz

A 14) Denkmalschutz;

VV-Nr.: 256/06

hier: Eintragung des Bodendenkmals „Burg Röthgen“ in die Denkmalliste der Stadt Eschweiler

Der Planungs-, Umwelt- und Bauausschuss stimmte einstimmig dem nachfolgenden Beschlusssentwurf zu:

Der Planungs-, Umwelt- und Bauausschuss stimmt der Eintragung des Bodendenkmals „Mittelalterliche Burg Röthgen“ in die Denkmalliste (Teil B) der Stadt Eschweiler gemäß § 3 Abs. 1 Denkmalschutzgesetz zu. Die Verwaltung wird beauftragt, die Unterschutzstellung durchzuführen.

A 15) Bericht über die Besichtigung der Arbeitsgruppe Ortsbesichtigung am 31.08.2006

Herr RM Dittrich fragte bezüglich des TOP 1 der AGO nach dem Sachstand.

Herr AVors. Kendziora teilte mit, dass nur noch ein Betroffener an der Herrichtung der 2 Stellplätze Interesse habe. Auf Grund der Lage der Stellplätze seien jedoch Erfordernisse einzuhalten bzw. umzusetzen, bevor die Stellplätze errichtet werden dürften. Das Ordnungsamt sei mit der Sache betraut.

Herr RM Koch machte bezüglich des TOP 4 der AGO darauf aufmerksam, dass der Kirchenvorstand der Kath. Pfarrgemeinde Herz-Jesu sich einstimmig gegen die Errichtung der Skulptur ausgesprochen habe.

A 16) Anfragen und Mitteilungen

16.1 Umgestaltung der Grabenstraße

hier: Schreiben der CDU-Fraktion vom 21.08.2006

Herr TB Schulze berichtete, dass die Graben- sowie die Englerthstraße bis Ostern 2007 fertig seien. Auch könne der Rosenmontagszug 2007 durch die Grabenstraße ziehen.

Herr RM Dittrich machte deutlich, dass es sich bei der Innenstadtsanierung um eine große Baustelle handele, die aus der Natur der Sache her Probleme mit sich bringe. Insbesondere die Arbeitsweise der Versorgungsträger stieße bei den betroffenen Anwohnern auf Kritik.

Herr RM Gehlen zeigte sich überrascht über das Schreiben der CDU, da eine Baumaßnahme im Innenstadtbereich aus den bekannten Gründen nicht immer reibungslos verlaufe. Zudem merkte er in diesem Zusammenhang an, dass die im Bereich der Rathausresidenz vorhandenen Bäume zu erhalten seien.

Herr TB Schulze teilte mit, dass von den vorhandenen 4 Bäumen einer nachgepflanzt sei. Die Entscheidung für die Errichtung des Glasdaches sei im Ausschuss bereits getroffen gewesen, da die Glasdächer ein tragendes Element des Konzeptes seien, das sich durch die Innenstadt zieht. Im Rahmen der Prüfung der Feuerwehrezufahrt seien Überlegungen angestellt worden, das Glasdach vor den Bäumen zu platzieren und die Bäume zu erhalten.

Herr RM Gehlen machte nochmals deutlich, dass die SPD zwar die Errichtung des Glasdaches befürworte, jedoch nur unter der Prämisse, dass alle 4 Bäume erhalten blieben.

Herr RM Göbbels fragte nach, ob die Errichtung des Daches nur möglich sei, wenn ein oder mehrere Bäume gefällt werden.

Herr TB Schulze teilte mit, dass es auch Möglichkeiten gäbe, die Bäume bei Errichtung des Daches zu erhalten.

16.2 Bäderlandschaft Weisweiler
hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 16.08.2006

Herr TB Schulze teilte mit, dass es derzeit so aussehe, dass sich kein privater Investor finde, der das Gelände vermarktet. Aus diesem Grund werde die Stadt die Erschließung des Geländes vorantreiben.

16.3 SBS - Mitverbrennung im Kraftwerk Weisweiler

Herr TB Schulze teilte mit, dass die RWE Power AG der Stadt Eschweiler mitgeteilt habe, dass im Kraftwerk Weisweiler keine SBS - Mitverbrennung erfolge.

16.4 6. Änderung des Regionalplanes

Herr TB Schulze teilte mit, dass derzeitig das Verfahren zur 6. Änderung des Regionalplans – Gewerbe- und Industrieansiedlungsbereich (GIB) Merzbrück - für das Gewerbegebiet Merzbrück von der Bezirksregierung eingeleitet und die Stadt zur Stellungnahme aufgefordert sei.

16.5 Landesgartenschau 2014

Herr TB Schulze informierte die Anwesenden kurz darüber, dass am 28.09.2006 die Entscheidung über die Vergabe der Landesgartenschau erfolge. Für die am 27.09.2006 stattfindende Haupt- und Finanzausschusssitzung kündigte er eine Vorlage an.

Der öffentliche Teil der Sitzung endete um 18.55 Uhr.